

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde

betreffend Einmalzahlung von € 150,- für alle Pensionen mit einem Einkommen unter € 747,-

eingebraucht im Zuge der Debatte über im Zuge der Debatte über den Antrag 889/A der Abgeordneten Csörgits, Kickl, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Gesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Richter- und Staatsanwaltschaftsgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und Forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpensionsgesetz, das Bundesbahn-Pensionsgesetz, das Kriegsoffer-Versorgungsgesetz 1957, das Opferfürsorgegesetz, das Heeresversorgungsgesetz und das verbrechensoffergesetz geändert werden (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1008 - SRÄG 2008)

Der vorliegende Abänderungsantrag zum Antrag 889A der Abgeordneten Csörgits, Kickl, Kolleginnen und Kollegen verursacht hinsichtlich der darin geforderten Einmalzahlung für das Jahr 2008 erhebliche Ungerechtigkeiten, nicht argumentierbare Formen der Ungleichbehandlung und rechtliche Konfusion.

Ungerechtigkeit

Bereits aus Anlass der Pensionserhöhung 2008 wurden Pensionen bis € 747,- mit 1,7% deutlich geringer erhöht als höhere Pensionen. Das hat zur Folge, dass niedrige Pensionen nun bei der neuerlichen Erhöhung im November 2008 von einer ungerecht niedrigen Betrag aus erhöht werden. **Die VerliererInnen der Erhöhung 2008 (zu mehr als 80% Frauen) verlieren also bei der Erhöhung für das Jahr 2009 nun noch einmal.**

Die ungerechte Erhöhung niedriger Pensionen 2008 hat zu einem Urteil des Landesgerichts Linz geführt, mit dem die PVA die Behebung der Ungleichheit aufgetragen wurde. Zur Zeit ist das Verfahren in zweiter Instanz anhängig. Die Grünen haben bereits mehrfach Anträge zur Korrektur der Fehler eingebracht, denen sich ÖVP und SPÖ stets verweigerten.

Die nunmehr gewählte Anbindung der Einmalzahlung an die Pensionshöhe in genau diesem Bereich stellt keine Entschädigung für diese Ungleichbehandlung dar, sondern setzt die Ungleichbehandlung insofern fort, als BezieherInnen von Pensionen unter € 747,- nun auch eine geringere Einmalzahlung erhalten, als Ihnen zustünde, wenn die Erhöhung 2008 rechtlich einwandfrei durchgeführt worden wäre.

Die Einmalzahlung ersetzt im Prinzip gerade einmal den Pensionsausfall aus der zu niedrigen Pensionserhöhung 2008.

Beispiel:

- Eine Pensionistin erhielt im Jahr 2007 € 491,60 an Pension. Die Erhöhung im Ausmaß von 1,7% im Jahr 2008 ergab eine neue Pensionshöhe von € 500,-.
- Wäre die Pension jedoch korrekt im Ausmaß von 2,9% erhöht worden, so hätte sich eine Pension in der Höhe von € 505,90 ergeben.

Die Pensionistin verliert also durch die zu niedrige Erhöhung ihrer Pension im Jahr 2008 insgesamt € 82,60. Die von der SPÖ vorgeschlagene Einmalzahlung beträgt € 100,-.

Die Pensionistin muss in den nächsten Jahren also nicht nur einen sich ständig vergrößernden Ausfall von 1,2 %-Punkten ihrer Pension aus dem Jahr 2008 mitschleppen, sie erhält faktisch auch nur eine Einmalzahlung von € 17,40.

Ungleichbehandlung

Die im Antrag 889A verlangte Einmalzahlung produziert eine nicht nachvollziehbare Ungleichbehandlung. BezieherInnen von gleich hohen Pensionen bzw. Renten aus verschiedenen Gesetzen werden ungleich behandelt.

Beispiele:

- Eine Bezieherin einer Sozialversicherungs-Pension von € 300,- im Monat erhält eine Einmalzahlung von € 60,-.
- Ein Bezieher einer Rente nach dem Heeresversorgungsgesetz in der Höhe von € 300,- und eines zusätzlichen Erwerbseinkommens von € 900,- erhält eine Einmalzahlung von € 150,-.
- Ein Bezieher einer Rente nach dem Heeresversorgungsgesetz in der Höhe von € 300,- und einer Sozialversicherungs-Pension von € 900,- im Monat erhält eine Einmalzahlung in der Höhe von € 130,-.

Die gewählte Form des Einmalbetrags führt somit zu Absurditäten und sozial unsinnigen Auszahlungsbeträgen. Das ist nicht nur nicht nachvollziehbar, sondern stellt auch eine Ungleichbehandlung dar, die nicht rechtfertigbar ist.

Konfuse Rechtssituation

Die gewählte Form des Einmalbetrags wird Verfahren nach sich ziehen.

- Zum einen werden Menschen die dargestellte Ungleichbehandlung zum Ausgangspunkt von Klagen machen, die durchaus erfolgversprechend sind.
- Zum anderen wird eine absehbare Entscheidung der zweiten Instanz hinsichtlich des bereits erwähnten Urteils des Landesgericht Linz dazu führen, dass nicht nur der Gesetzespfusch der Pensionserhöhung 2008 korrigiert werden muss, sondern auch alle auf dieser falschen Pensionshöhe basierenden Einmalzahlungen von BezieherInnen von Pensionen unter € 747,-.

Die gewählte Regelung schafft also Unklarheit, Unsicherheit, hohen Verwaltungsaufwand und Ärger!

Es ist nicht nachvollziehbar, warum...

...die Fehler der Pensionserhöhung 2008 im Bereich unter € 747,- nicht korrigiert werden (zumal nunmehr – wie dargestellt - das selbe Geld für die Einmalzahlung in die Hand genommen wird);

...die Fehler aus der Pensionserhöhung 2008 nunmehr noch einmal aufgedoppelt werden, anstatt einen einheitlichen Fixbetrag für niedrige auszusahlen.

Die Grünen können einer Einmalzahlung angesichts der hohen Inflation, die zu einem erheblichen Teil erst bei der Pensionserhöhung 2009 ausgeglichen werden wird, durchaus etwas abgewinnen. Die gewählte Form der Einmalzahlung ist aber ungeeignet und verursacht im Bereich niedriger Pensionen mehr Probleme und Ungerechtigkeiten, als sie zu lösen im Stande ist. Das Vorgehen erweckt den Anschein, als ob die

BezieherInnen niedriger Pensionen (und das sind vornehmlich Frauen) die in Eile aus dem Boden gestampften Wahlkampfgags der SPÖ finanzieren müssen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestens, jedenfalls aber bis zum 27. Oktober 2008, eine Gesetzesvorlage vorzulegen, mit der sichergestellt wird, dass alle BezieherInnen von Pensionen, die in Summe unter € 747,- liegen, für das Jahr 2008 eine Einmalzahlung in der Höhe von € 150,- erhalten.

Freischick B.
B. Pösch
Sabine Mandl
Belin L.